

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Mehrheit des Büros beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit Aeschi Thomas beantragt, ihr Folge zu geben.

Abstimmung – Vote
(namentlich – nominatif; 19.500/22641)
Für Folgegeben ... 77 Stimmen
Dagegen ... 110 Stimmen
(3 Enthaltungen)

20.403

**Parlamentarische Initiative
grüne Fraktion.**

**Im Interesse der Rechtsstaatlichkeit,
der Souveränität und der Neutralität
der Schweiz die Crypto-Leaks-Affäre
mit einer PUK umfassend aufklären**

**Initiative parlementaire
groupe des Verts.**

**Etat de droit, souveraineté
et neutralité de la Suisse.**

**Faire toute la lumière sur l'affaire
Cryptoleaks en instituant
une commission d'enquête parlementaire**

Vorprüfung – Examen préalable

[Nationalrat/Conseil national 15.03.21](#)

20.404

**Parlamentarische Initiative
sozialdemokratische Fraktion.
Parlamentarische
Untersuchungskommission Crypto-Leaks.
Kmplizenschaft von Nachrichtendienst
und weiteren Behörden und politische
Verantwortung des Bundesrates**

**Initiative parlementaire
groupe socialiste.
Affaire Cryptoleaks.
Instituer une commission d'enquête
parlementaire pour déterminer
la complicité du Service
de renseignement et d'autres autorités
et la responsabilité politique
du Conseil fédéral**

Vorprüfung – Examen préalable

[Nationalrat/Conseil national 15.03.21 \(Vorprüfung – Examen préalable\)](#)

20.403

Antrag der Mehrheit
Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit
(Trede, Brélaz, Graf-Litscher, Kälin, Nordmann)
Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité
Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité
(Trede, Brélaz, Graf-Litscher, Kälin, Nordmann)
Donner suite à l'initiative

20.404

Antrag der Mehrheit
Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit
(Graf-Litscher, Brélaz, Kälin, Trede)
Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité
Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité
(Graf-Litscher, Brélaz, Kälin, Trede)
Donner suite à l'initiative

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht des Büros zu den beiden Initiativen erhalten.

Glättli Balthasar (G, ZH): Es braucht eine Crypto-Leaks-PUK. Davon waren wir Grünen, gleich wie die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, überzeugt, als wir das vor einem Jahr gefordert haben. Und es braucht sie heute noch. Das Argument vor einem Jahr war, man solle die GPDel arbeiten lassen, schauen, was rauskommt, und dann, falls nö-

tig, eine PUK einsetzen. Genau diese Überlegung möchte ich mit Ihnen jetzt machen.

Die GPDel hat gute Arbeit geleistet. Ihr Bericht enthält Erkenntnisse, die vieles auf den Kopf gestellt haben, was man noch vor einem Jahr gesagt hat. Man hat gesagt, es gehe um Vergangenheitsbewältigung, es gehe um die Aufarbeitung von Vorfällen aus der Zeit des Kalten Krieges. Man hat die Information jetzt schwarz auf weiss: Nein, es geht bis in die Jetztzeit hinein. Die politische Relevanz des Berichtes der GPDel ist unbestritten. Ich danke ihr dafür.

Die Frage bleibt: Braucht es jetzt eine PUK? Ja.

Erstens gab es Unterlassungen. Es wurden sämtliche Verteidigungsminister der fraglichen Zeit angehört, ausser Herr Ogi. Dabei war er genau in jener Zeit Verteidigungsminister, als die Schweiz offenbar begann, selbst davon zu profitieren, dass sie die verschlüsselten Informationen auch mitlesen konnte. Was hat es damit auf sich? Wir haben Antworten verdient.

Zweitens gibt es einen klaren Widerspruch zwischen den Aussagen von alt Bundesrat Villiger vor der GPDel oder auch von Herrn alt Bundesrichter Oberholzer und dem, was im CIA-Bericht steht. Dort wurde Villiger ganz klar als Mitwisser identifiziert. Ich hätte erwartet, dass man diesem Widerspruch nachgeht, statt es einfach auf sich beruhen zu lassen. Drittens ist die Frage offen, wie es der Bundesrat – eben auch Herr Ogi – zulassen konnte, dass der damalige Nachrichtendienstchef Regli nach der Entfernung von seinem Posten noch die Gelegenheit hatte, im Archiv selbst aufzuräumen und erwiesenermassen Akten zum Verschwinden zu bringen, die ihn selbst oder den Nachrichtendienst hätten belasten können.

Viertens: Es ist eine Unterlassung, dass die wesentlichen Personen aus dem Umfeld der Crypto AG und ihrer Nachfolgefirmen nicht befragt wurden. Es geht auch um den Business-Teil des Geschäftes, der dann in der Firma Infoguard aufging, es geht nicht nur um den militärischen Teil des Geschäftes. Unser Geheimdienst, unser Nachrichtendienst hat auch die Aufgabe, wirtschaftliche Spionage zu untersuchen und zu verhindern, also Spionage ökonomischer Art, nicht nur solche staatlicher Art. Entsprechend stellt sich auch die Frage: Was haben sie dort gemacht, gewusst, nicht gewusst? Wovon haben sie mitprofitiert?

Fünftens: Der Bericht von Herrn Oberholzer gehört an die Öffentlichkeit, zumindest in einer geschwärtzten Form. Es kann nicht sein, dass er einfach in den Tresoren bleibt. So geht das nicht. Selbst der Bundesrat sagt: Wenn ihr ihn nicht uns allen gebt, dann wollen wir ihn gar nicht wirklich zur Kenntnis nehmen.

Den völkerrechtlichen Aspekt klammert der GPDel-Bericht vollkommen aus, dabei handelte es sich um sensible Organisationen. Die USA teilten im Falkland-Krieg mit London Infos, gewonnen mithilfe manipulierter Crypto-Geräte. Wir konnten mitlesen. Ist das mit unserer Neutralität vereinbar?

Mitte November konnte man sagen, die GPDel hat zwar gute Arbeit geleistet, aber sie hat auch ganz viele weisse Flecken auf der Karte gelassen. Dafür braucht es eine PUK. Nach Abschluss des GPDel-Berichtes – die Sprecherin der Minderheit wird dann vor allem darauf zu sprechen kommen – hat sich die Affäre nochmals massiv ausgeweitet. Ende November erschienen Berichte in der "Rundschau", der "WOZ", der "Republik": Auch die Konkurrenz Omnisec war unterwandert. Dazu konnte die GPDel nichts sagen, weil sie das gar nicht untersucht hat.

Es braucht eine PUK, es geht um unsere Neutralität, es geht um unsere Unabhängigkeit, es geht darum zu schauen, wie wir mit unserem Nachrichtendienst zum Nutzen der Schweiz und nicht zum Nachteil der Schweiz agieren.

Nordmann Roger (S, VD): L'affaire de la société Crypto SA, basée à Zoug, qui a vendu pendant des décennies des dispositifs de cryptage manipulés pour le compte de la CIA américaine et des services de renseignement allemands, est probablement le plus grand scandale de la politique étrangère de l'histoire récente de la Suisse.

Au fil des ans, la Suisse a activement contribué à ce que des opérations de services de renseignement étrangers soient

soutenues depuis la Suisse, à ce que les droits de l'homme soient violés, à ce que les ennemis des Etats-Unis soient désavantagés dans les guerres, ou à ce qu'une partie ait un avantage informationnel dans des négociations secrètes. Tout cela a massivement porté atteinte à la crédibilité de la politique étrangère de la Suisse, mis en danger des vies humaines et violé le droit de la neutralité.

La Délégation des Commissions de gestion a enquêté sur l'affaire et élaboré des recommandations importantes et correctes à l'intention du Conseil fédéral, pour une meilleure surveillance du Service de renseignement de la Confédération et pour la sécurité de la Suisse. Le groupe socialiste demande que ces recommandations soient mises en oeuvre dans les plus brefs délais, afin qu'une telle affaire ne se reproduise pas.

De nombreuses questions restent ouvertes. Quels sont les rôles de l'armée, de la police fédérale et du parquet fédéral dans cette affaire? De hauts fonctionnaires fédéraux, dont certains travaillent encore pour la Confédération, ont-ils menti au Conseil fédéral ou dissimulé des informations? Quel est l'impact de l'affaire Crypto sur la politique étrangère de la Suisse? La Suisse était-elle au courant des plus graves violations des droits de l'homme à l'étranger et a-t-elle délibérément détourné le regard? La Suisse a-t-elle violé l'accord de La Haye – c'est-à-dire le droit international coutumier – et le noyau dur de la neutralité suisse?

In seiner Stellungnahme zur Interpellation Molina weist der Bundesrat jegliche Verantwortung weit von sich und bestreitet kategorisch, dass Neutralitätsrecht verletzt wurde. Ein Rechtsgutachten von Professor Marco Sassöli, das von der SP-Fraktion in Auftrag gegeben wurde, sagt etwas anderes. Die Schweiz hat nicht nur eine Verantwortung dafür, dass auch private Unternehmen auf Schweizer Boden nicht aktiv eine Kriegspartei in einem bewaffneten Konflikt unterstützen, sie hat vor allem die Pflicht, nicht aktiv an solchen Operationen teilzunehmen. Das hat sie aber im Fall Crypto wohl getan.

Der Schweizer Nachrichtendienst hat die Schweiz mutmasslich in den Irak-Krieg hineingezogen, ohne politische Kontrolle. Die Verantwortlichen kamen ungeschoren davon. Auch ungeklärt bleibt die Frage, ob der Schweizer Finanzplatz durch ähnliche Geschäfte der Firma Omnisec zu Schaden gekommen ist. Welche Rolle spielte die Omnisec AG in der Steueraffäre mit den USA? Hat der Bundesrat schweizerische Firmen hier wesentlich im Ungewissen gelassen?

Nun, als SP haben wir nichts gegen die Abschaffung des Steuerhinterziehungsgeheimnisses für Ausländerinnen und Ausländer. Die Rolle des Geheimdienstes in dieser Angelegenheit fordert aber zumindest eine historische Aufarbeitung. Trotz allem scheinen die Fraktionen der SVP, FDP, Mitte und GLP gegen eine PUK zu sein. Das ist aussenpolitisch und geschichtspolitisch schlecht und eines Rechtsstaates unwürdig. Geschätzte SVP, reden Sie nie mehr von Neutralität. Meine Damen und Herren von der FDP, sprechen Sie nie mehr von den Interessen des Finanzplatzes. Liebe Mitte, kommen Sie nie mehr mit dem Wunsch nach Vertrauen in den Nachrichtendienst.

Wenn wir hier Wahrheit und Vertrauen in unsere Institutionen stärken wollen, müssen wir diese parlamentarische Initiative für eine PUK unterstützen, genauso wie die parlamentarische Initiative der grünen Fraktion zum gleichen Thema.

Trede Aline (G, BE): Eine Minderheit des Büros möchte an einer PUK festhalten. Die GPDel hat Anfang November 2020 ihren Bericht vorgelegt. Die Arbeit wurde gemacht, aber die Minderheit des Büros sieht ganz klar weitere Lücken, Dinge, die noch nicht geklärt wurden. Es braucht eine PUK, welche die Fragen noch einmal vertieft anschaut, diskutiert und klärt. Beispielsweise – mein Vorredner hat es gesagt – gibt es immer noch einen klaren Widerspruch zwischen den Aussagen von alt Bundesrat Villiger und alt Bundesrichter Oberholzer. Frühere Beamte konnten zudem noch Akten beseitigen, und einige sind ohne Klärung immer noch im Amt. Alle Verteidigungsminister wurden angehört ausser einem – warum? Wichtige Personen rund um die Crypto AG wurden nicht angehört. Das hätte nach Meinung der Büro-Minderheit klar

zum Auftrag der GPDel gehört und gehört jetzt zur Aufgabe einer PUK.

Ganz wichtig ist die Frage der Neutralitätsverletzung; sie ist bis heute ungeklärt. Hat die Schweiz ihre Neutralität verletzt und Völkerrecht gebrochen? Das Thema ist nicht gegessen – meine Vorredner haben das bereits gesagt. Die "Rundschau", die "WOZ" und die "Republik" haben Ende November 2020 aufgedeckt, dass auch die Konkurrenzfirma Omnicsec in die Crypto-Affäre involviert war. Unterwandert von ausländischen Geheimdiensten, sollen ausgerechnet beim Strategischen Nachrichtendienst und beim Dienst für Analyse und Prävention auch manipulierte Omnicsec-Geräte installiert worden sein. Unser eigener Geheimdienst verschickte also hochgeheime Faxnachrichten, verschlüsselt von Schweizer Geräten, die fremde Geheimdienste mitlesen konnten.

Vielleicht ist es Ihnen egal, dass der Schweizer Geheimdienst illegal und unter Umgehung der politischen und parlamentarischen Kontrolle selbst an internationalen Operationen teilgenommen hat. Aber selbst wenn dem so ist: Ist es Ihnen auch egal, wenn der Schweizer Geheimdienst Opfer von Abhöraktionen der gleichen ausländischen Partnerdienste geworden ist? Wollen Sie auch darüber lieber die Decke des Schweigens ausbreiten? Ich glaube nicht.

Die Öffentlichkeit hat Transparenz verdient, ganze Transparenz zur ganzen Crypto-Affäre, und es ist die Aufgabe des Parlamentes, diese Transparenz zu schaffen. Nehmen wir diese Verantwortung wahr, und setzen wir eine PUK ein, damit wir wirklich alle Fragen klären können.

Graf-Litscher Edith (S, TG): Meine beiden Vorredner und meine Vorrednerin haben die wichtigsten Argumente bereits erläutert. Ich fasse nochmals kurz zusammen, weshalb es zentral ist, dass wir eine PUK einsetzen, um die Crypto-Leaks-Affäre wirklich aufzuklären.

In der Spionage-Affäre rund um die Zuger Firma Crypto AG kommt die Untersuchung der GPDel zu folgendem Schluss: Jahrzehntlang hat die Schweiz mit Kenntnis des Nachrichtendienstes vermeintlich abhörsichere Crypto-Geräte verkauft. Damit hat sie aktiv dazu beigetragen, dass zahlreiche Staaten ausspioniert wurden. Die SP-Fraktion stellt fest, dass die Arbeiten und der Bericht der GPDel seriös und umfassend gemacht wurden. Es verbleiben jedoch zu viele Unklarheiten und Widersprüche – zum Beispiel zur Funktion von Entscheidungsträgern, zur Frage der Neutralität und zur Archivierung –, die alle weitere Abklärungen bedürfen. Nur mit einer PUK kann glaubwürdig aufgezeigt werden, dass das Parlament alles getan hat, um den Sachverhalt aufzuklären, Transparenz zu schaffen und damit auch die politische Dimension der Crypto AG aufzudecken.

Die Forderung nach einer Crypto-Leaks-PUK ist auch juristisch fundiert. Das kürzlich erschienene Gutachten von Professor Marco Sassöli äussert Zweifel, ob in der Crypto-Affäre nicht die Neutralität geritzt wurde. Ein weiterer Punkt ist, dass die Tragweite der Crypto-Affäre sehr gross ist. Es geht um nichts weniger als die Glaubwürdigkeit und die Neutralität der Schweiz.

Deshalb beantrage ich Ihnen im Namen der Minderheit, der Initiative Folge zu geben.

Roduit Benjamin (M-CEB, VS), pour le Bureau: Voici un dossier qui va nous ramener au bon vieux temps d'avant le Covid, lorsque les médias, toujours à la recherche de sensation, avaient enfin trouvé une grande affaire pour notre pays, digne d'un James Bond. C'est en effet le 14 février 2020, soit peu de temps avant le confinement, que le Bureau de notre conseil a reçu une proposition de déposer une initiative parlementaire visant l'institution d'une commission d'enquête parlementaire chargée de faire la lumière sur l'affaire d'espionnage liée à l'entreprise zougnoise Crypto SA.

A ce moment-là, le Conseil fédéral avait déjà décidé de charger l'ancien juge fédéral Niklaus Oberholzer de mener une enquête indépendante sur cette affaire. Décidant de reprendre la conduite de l'enquête confiée à M. Oberholzer, la Délégation des Commissions de gestion (DéICdG) a entamé une inspection le 18 février 2020. Le 2 mars 2020, le bureau a entendu le Conseil fédéral, représenté par le chancelier de

la Confédération, ainsi que le président de la DéICdG, lequel a présenté l'état des investigations menées jusque-là. A l'issue des auditions, le bureau a décidé de ne pas déposer l'initiative parlementaire demandant l'institution d'une CEP, souhaitant logiquement attendre que la DéICdG ait terminé ses travaux. C'est alors que les deux présentes initiatives parlementaires ont été déposées par le groupe socialiste et celui des Verts.

Dans l'intervalle, après avoir suspendu la licence d'exportation générale en décembre 2019 pour les entreprises impliquées, le SECO a déposé, en février, une plainte pénale contre inconnu auprès du Ministère public de la Confédération pour infraction à la loi sur le contrôle des biens.

Le 28 octobre 2020, le gouvernement a pris position sur le rapport de la DéICdG, en indiquant qu'aucun motif de confidentialité ne s'opposait à sa publication. Seul le rapport de M. Oberholzer a été classifié secret, car il contient notamment des informations qui, si elles étaient rendues publiques, pourraient nuire gravement et durablement aux intérêts du pays.

Sur la base du rapport, et après avoir entendu une nouvelle fois le chancelier de la Confédération et le président de la DéICdG, le 13 novembre 2020, le bureau a décidé, par 8 voix contre 5, de proposer de ne donner suite à aucune des deux initiatives.

En effet, la majorité du bureau est d'avis que la délégation a fait la lumière sur l'essentiel de l'affaire dans son rapport. Elle a pu consulter tous les dossiers pertinents, y compris secrets, réaliser toutes les auditions nécessaires – elle a entendu en tout 32 employés de la Confédération anciens et actuels, dont plusieurs anciens conseillers fédéraux –, effectuer des recherches approfondies remontant jusqu'à 1945 et mettre en évidence tous les aspects qui posaient des problèmes. Le rapport s'achève d'ailleurs sur douze recommandations qui permettront, entre autres, d'améliorer l'échange d'informations entre les organes compétents, de renforcer les compétences en matière de cryptologie ou encore d'améliorer l'archivage des documents liés au Service de renseignement de la Confédération. Le Conseil fédéral devra, ainsi que le Ministère public, se déterminer sur ce rapport pour le 1er juin 2021.

Cependant, il y a deux certitudes. Premièrement, on ne va pas découvrir de nouveaux documents, comme cela a été le cas, par exemple, avec les dossiers en lien avec Crypto SA découverts en décembre 2019 dans "l'installation K", et une commission d'enquête parlementaire ne parviendra pas à d'autres conclusions. Deuxièmement, il n'y a rien dans cette affaire qui puisse mettre en danger notre sécurité ou le fonctionnement de nos institutions.

Sous l'angle de la neutralité, par exemple, le rapport démontre que le droit est respecté. Il en va de même pour la collaboration entre des entreprises suisses et des services de renseignement étranger, qui est légale. Mieux même, le transfert de connaissances, ici avec les services secrets américains, quant aux failles repérées grâce au décryptage d'appareils vulnérables, est profitable à la sécurité de notre pays. Le rapport insiste d'ailleurs sur la dimension politique de l'affaire sous l'angle des relations internationales, de l'économie et de la sécurité des entreprises. C'est donc au monde politique, et pas à une commission d'enquête parlementaire, de la traiter sous cet angle.

Relevons qu'au sens de la majorité de la commission, non seulement le rapport de la délégation répond sur 65 pages aux nombreuses questions soulevées de manière un peu désordonnée dans les initiatives, mais en plus, en établissant une chronologie difficile à établir sur les activités et les relations de Crypto SA, il réussit à contextualiser les événements et à leur redonner leur portée historique et politique.

Et c'est bien de cela qu'il s'agit. Je ne donne qu'un seul exemple: lorsqu'on s'étonne que Crypto SA collabore encore avec les services de renseignement allemands jusqu'au début des années 1990, on oublie que la guerre froide vient alors à peine de s'achever avec la chute du mur.

Enfin, relevant la rapidité, malgré bien d'autres préoccupations liées au Covid, et la transparence dont ont fait preuve nos institutions dans le traitement de cette affaire, limitées seulement par des impératifs de sécurité, la majorité du bu-

reau vous recommande de ne pas donner suite à ces deux initiatives.

Zusammenfassend vier Punkte:

1. Die Arbeiten und der Bericht der GPDeI sind seriös und umfassend.
2. Eine PUK würde nichts Neues bringen, weil alle Dokumente und Akten bereits aufgearbeitet wurden.
3. Die weitere Aufarbeitung und Beurteilung der Crypto-Affäre erfordert somit nicht eine Untersuchung durch eine PUK, sondern soll politisch diskutiert und bewertet werden.
4. Das Büro beantragt mit 8 zu 5 Stimmen, den beiden Initiativen keine Folge zu geben.

20.403

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Mehrheit des Büros beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit Trede beantragt, ihr Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.403/22642)

Für Folgegeben ... 66 Stimmen

Dagegen ... 123 Stimmen

(0 Enthaltungen)

20.404

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Die Mehrheit des Büros beantragt, der Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit Graf-Litscher beantragt, ihr Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 20.404/22643)

Für Folgegeben ... 67 Stimmen

Dagegen ... 122 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Schluss der Sitzung um 18.30 Uhr

La séance est levée à 18 h 30